

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/2

6. Januar 1976

Biedenkopf und die Schnorrbriefe

Der Bürger soll zahlen - wofür, erfährt er nicht

Von Rudi Walther MdB

Schatzmeister des SPD-Bezirks Hessen-Nord

Seite 1 / 31 Zeilen

Drei Gewinn-Punkte für die SPD

Die Aufgaben der Parteiorganisation im Jahr 1976

Von Rudolf Maercker

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn

Seite 2 / 25 Zeilen

Erste Erfolge im Kampf gegen die Stadtzerstörung

Der Lernprozeß aus dem Denkmalschutzjahr 1975 darf nicht abgebrochen werden

Von Dr. Olf Schwencke MdB

Präsident des Denkmalschutz-Komitees der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates und Mitglied des Deutschen
Nationalkomitees für das Denkmalschutzjahr 1975

Seite 3 bis 5 / 115 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-
Verhältnis (II)

Seite 6 und 7 / 98 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Postkassens 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 63 87 - 20
Telex: 53 53 533 - 45 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 96 11

Biedenkopf und die Schnorrbriefe

Der Bürger soll zahlen - wofür, erfährt er nicht

Von Rudi Welther MdB

Schatzmeister des SPD-Bezirks Hessen-Nord

Zugegeben, Ideen hat er schon, der CDU-General Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Zu seinen neuesten Einfällen gehört es, nicht nur das große Geld für seine Partei locker zu machen, sondern auch bei unzähligen "kleinen Leuten" schnorren zu gehen.

Zunächst einmal werden diese durch Bettelbriefe darüber in Kenntnis gesetzt, daß er - Biedenkopf - "kürzlich mit Helmut Kohl gesprochen" habe. Und worüber wohl? Darüber, "daß wir die Öffentlichkeit viel besser über die politische Arbeit der CDU informieren müßten". Wer nun nach dieser verheißungsvollen Einleitung hofft, jetzt etwas über die politischen Alternativen der CDU zu hören, über ihre Einstellung zur Sonthofener Krisenstrategie des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zum Beispiel, sieht sich jedoch arg enttäuscht.

Über solche, die Wähler interessierenden Fragen werden die Briefempfänger nicht informiert. Vielmehr stellt sich sehr schnell heraus, um was es dem CDU-Professor eigentlich geht. Originalton Biedenkopf: "Wir sind auf Ihre Spende angewiesen. Spenden sind steuerlich absetzbar. Selbstverständlich erhalten Sie von uns eine Spendenbescheinigung. Also vergessen Sie bitte die (dem Schreiben beigelegte) Zahlkarte nicht, wenn Sie das nächste Mal zur Post gehen."

Selbstverständlich ist es das gute Recht der CDU, um Spenden zu bitten. Ärgerlich wird es jedoch, wenn auch sozialdemokratische Mitglieder und Wähler en masse solche Briefe erhalten. Und beinahe skandalös ist es, wenn jemand, dem Biedenkopfs Bettelsel wenig zu Herzen gegangen ist, nach geraumer Zeit eine "Erinnerung" erhält. So, als wenn Biedenkopfs Bitte ein (Zahlungs-) Befehl wäre!

Vielleicht versucht es Prof. Biedenkopf tatsächlich einmal damit, den Empfängern seiner Briefe zu erklären, warum die Opposition gegen alle Reformvorhaben der sozial-liberalen Koalition Sturm läuft und für welche Alternativen sie sich einsetzt. Daß das allerdings auch einem so cleveren Mann wie dem CDU-Generalsekretär schwerer fällt als Spendenbettelbriefe zu schreiben, sei gerne zugegeben.

(-/6.1.1976/bgy/e/pr)

Drei Gewinnpunkte für die SPD

Die Aufgaben der Parteiorganisation im Jahre 1976

Von Rudolf Maercker

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn

Im neuen Jahr steht unsere Parteiorganisation vor den schwersten Bewährungsproben, die sie in ihrer Nachkriegsgeschichte zu bewältigen hatte.

Sie muß erstens unter guten Sozialdemokraten, die sich für eine Bundestagskandidatur beworben haben, denjenigen auswählen, den sie unter den gegebenen Umständen für den geeignetsten Mann hält, unsere Sache zu vertreten und die Schlappen wettzumachen, die wir in den letzten Jahren haben hinnehmen müssen. Dies muß so geschehen, daß die anderen Bewerber nicht demontiert werden, denn man kann nicht das Gesicht einzelner Sozialdemokraten zerkratzen, ohne auch das Gesicht der Partei zu zerkratzen. Wie fair und wie nüchtern wir diese Auseinandersetzung führen, wird bereits mit über unsere Wahlchancen entscheiden.

Die Parteiorganisation muß zweitens verdeutlichen, daß sie ihre Kräfte auf den Wahlkampf konzentriert, das breite Spektrum ihrer Mitgliedschaft integriert und den Blick nach vorn richtet, weil sie nur im Miteinander aller gewinnen kann, während das Gegeneinander niemandem anderen als dem Gegner, der CDU, etwas einbringt. Dies muß den Stil der Debatten und den Inhalt der Beschlüsse prägen.

Die Parteiorganisation muß drittens einen überzeugenden Wahlkampf führen, der unsere nahtlose Einheit mit der Gesamtpartei demonstriert, mehr aktive Mitarbeit als beim letzten Wahlkampf mobilisiert und gewährleistet, daß wir vor dem Bürger wie der Gesamtpartei bestehen.

Nur wenn wir diese drei Bewährungsproben bestehen, haben wir die reale Chance, unsere Position zu verbessern und einen Beitrag zu leisten, der der von Strauß geführten und von Kohl repräsentierten Reaktion den Weg zur Macht verbaut.

(-/6.1.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Erste Erfolge im Kampf gegen die Stadtzerstörung

Der Lernprozeß aus dem Denkmalschutzjahr 1975 darf nicht abgebrochen werden

Von Dr. Olaf Schwiencke MdB

Präsident des Denkmalschutz-Komitees der
Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Mitglied
des Deutschen Nationalkomitees für das Denkmalschutzjahr 1975

Das Europäische Denkmalschutzjahr ist zu Ende. Was hat es politisch, städtebaupolitisch und gesellschaftspolitisch bewirkt - international und bei uns in der Bundesrepublik Deutschland?

Zweifelloos hat das Jahr des Denkmalschutzes wie keine andere europäische Kampagne in den letzten eineinhalb Jahrzehnten Gemüter in der Bevölkerung bewegt. Weit über den Kreis der Mitgliedsländer des Europarats hinaus hat es weltweit Unterstützung gefunden: Kein westeuropäisches Land ist der Aktion ferngeblieben, einige überseeische Staaten haben ebenfalls daran partizipiert, und mit einem großartigen Selbstverständnis haben die meisten osteuropäischen Länder ihrerseits in diesem Jahr ihre in der Regel vorbildlichen erhaltungspolitischen Maßnahmen verstärkt; selbst die Sowjetunion hat sich mit einigen exemplarischen Beiträgen an der Kampagne beteiligt. Der Amsterdamer Schlußkongreß im Oktober, der mit der Verkündung einer europäischen Charta für den Denkmalschutz seinen Höhepunkt erreichte, hat noch einmal alle diese Stimmen zu einem gewaltigen Credo vereint: Über nationale, politische und kulturelle Grenzen hinaus möchte man gemeinsam für die Erhaltung unserer architektonischen Vergangenheit wirken!

Alles in allem: eine erfreuliche europäische Bilanz! Was nun die Bundesrepublik Deutschland betrifft, so kann sie sich mit ihren Beiträgen zum Denkmalschutzjahr 1975, stellt man ihr schwerfälliges föderalistisches System und das hierzulande unterentwickelte, weil von starken ökonomischen Interessen überlagerte politische Geschichtsbewußtsein mit in Rechnung, im Konzert der vielfältigen Stimmen Europas durchaus sehen lassen. Jedenfalls war der öffentliche Erfolg in der Bundesrepublik, gerade auch im Blick auf den unvergleichbar großen Nachholbedarf (verglichen mit Nachbarländern wie den Niederlanden, mit Frankreich, Italien oder der Volksrepublik Polen) beachtlich.

An diesem Erfolg haben den größten Anteil zunächst die Bürgerinitiativen,

die sich in den meisten Altstädten, Altstadtquartieren und in den Orten mit noch erhaltener historischer Bausubstanz im harten Kampf gegen behördliche Ignoranz und privatwirtschaftliche Kapital-Interessenvertreter gebildet haben. In der Gunst der Stunde der offiziellen Beschwörung des gemeinsamen europäischen architektonischen Erbes haben sie manchen, zunächst vergeblich erscheinenden Kampf (z.B. um die Erhaltung der Eltviller Flußuferlandschaft, aber auch um unzählige städtische, weniger spektakuläre Vorhaben) gewonnen; sie, auf die jetzt der Druck der ökonomisch am Total-Sanieren Interessierten verstärkt eingesetzt hat, bleiben auch künftig die wichtigsten Verbündeten für eine vernünftige Stadterhaltungspolitik.

Weiter waren die Medien beteiligt, die immer wieder neue Hinweise in Wort, Ton und Bild über exemplarische Beispiele der Stadtzerstörung wie auch hoffnungsvoller Erhaltungsmaßnahmen brachten. Die engagiertesten Journalisten haben nicht selten unter den Pressionen von Kapital-Interessenvertretern gestanden. Mit der Forderung nach "Ausgewogenheit" wollte auch die "andere Seite", also die Stadtzerstörer, "stärker zu Worte kommen" - dieses darf, weil es zur urbanen Lebensqualität keine humanen Alternativen gibt, auch künftig nicht geschehen.

Schließlich ist das deutsche Denkmalschutz-Nationalkomitee zu nennen, das nach anfänglicher Honoratiorenklängelei und im Zweifel über sein eigenes Selbstverständnis schließlich in wachsendem Ausmaß zum maßgeblichen und das öffentliche Bewußtsein beeinflussende Gremium einer deutschen Denkmalschutzpolitik wurde. Die Autorität dieses Komitees und seines Vorsitzenden hat die notwendige Bund/Länder-Kooperation bewirkt, hilfreiche Ländergesetze zustande bringen geholfen und auch zur inhaltlichen Präzisierung eines erweiterten Denkmalschutzbegriffs beigetragen und insbesondere die gesetzgeberischen Defizite in der Bundesrepublik Deutschland bewußt gemacht. Es wäre leichtfertig und nicht im Interesse von irgendeinem an städtebaupolitischen Maßnahmen beteiligten und von Denkmalschutz betroffenen Bürger - und das ist faktisch die Majorität der Bevölkerung -, dieses Gremium aufzulösen. Die fortschrittliche Gemeinsamkeit im Nationalkomitee, an der Parteien und Parteilungen, Bund und Land zusammen mit Verbandsvertretern gleichen Anteil hatten, sollte auch in diesem Wahlkampfjahr nicht aufgekündigt werden.

Nach dem Beispiel etwa von Bildungs- und Wissenschaftsrat sollte - vielleicht nach dem Modell von "Italia Nostra" - auch bei uns ein ständiger

Bundes-Denkmalchutzrat "Germania Nostra" konstituiert werden: in der bewährten personalien Konstellation wie das Nationalkomitee mit exponierten Vertretern von Bund, Ländern und Spitzenverbänden.

Zweifellos ist Denkmalschutz eine politische, eine im Grunde der m.E. wesentlichsten unter den künftigen wichtigen gesellschafts-politischen Aufgaben. Der Denkmalschutz hat sich praktisch an den Lebensinteressen der ganzen Bevölkerung zu orientieren und wird damit zu einem hervorragenden Instrument demokratischer und sozialer Politik für die Durchsetzung von mehr Lebensqualität. Diesem Ziel hat auch die Bundesregierung in entsprechenden Maßnahmen Rechnung getragen. Ich verweise u.a. auf folgende Maßnahmen: Die Vorlage zur Novellierung des Bundesbaugesetzes, insbesondere seiner §§ 34 und 39 a bis 39h (Modernisierungs-, Instandsetzungs- und Erhaltungsgebot), die vom Bundestags-fachausschuß inzwischen beraten und verabschiedet wurde; die Förderungsmaßnahmen nach den Modernisierungsrichtlinien, die insbesondere in Altstadtquartieren bereits zur Verbesserung des Wohnens beigetragen haben; das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen vom 27. August 1975, durch das weit mehr als eine Milliarde DM für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen an kulturhistorischen, künstlerischen und städtebaulich wertvollen Gebäuden mobilisiert wurden; Anregung und Finanzierung mehrerer Forschungsaufgaben zum Bereich der Denkmalpflege und -erhaltung sowie die Prüfung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten nach Bundesratsvorschlag; Herausgabe einer sogenannten Denkmalschutzfibel: "Praxis des Umgangs mit erhaltenswerter Bausubstanz"; sowie Finanzierung und Organisation eines jetzt trotz Sperremaßnahmen durchgesetzten Städtebau-Wettbewerbs, durch den praktische Maßnahmen der Stadterhaltungspolitik und des Denkmalschutzes in einem Bundeswettbewerb ausgezeichnet werden sollen. Dieser Wettbewerb wird im übrigen von der Euphorie des Denkmalschutzjahres zur wünschenswerten Kontinuität von stadterhaltungspolitischen Maßnahmen überleiten.

Für Politiker, Städteplaner, Konservatoren und Bürger, die lange Jahre hindurch der Stadterhaltung untätig zusehen, sie nicht selten wissentlich und unwissentlich förderten, war dieses Jahr des Denkmalschutzes ein vitaler Lernprozeß: Er darf nach der europäischen Denkmalschutzkampagne nicht beendet sein! Der unabhängig von dieser Aktion erkennbaren und in einigen Nachbarländern schon länger realisierten Wende in der Städtebaupolitik muß konsequent mit politischen Maßnahmen entsprechen werden.

Mit dem Ende des Denkmalschutzjahres wird zwar die Euphorie verfliegen sein, abgesehen davon, daß diese ja auch nicht nur segensreich wirkte (ich habe anderenorts auf das Politik-Defizit des Denkmalschutzjahres, bedingt durch "Nostalgie-Welle", "Bewahrungsideologie" und Ausklammern "sozialorientierter Maßnahmen" im Zuge der Senierung hingewiesen), doch die Sache, um die es geht, muß mit entsprechenden Mitteln gesetzlicher, finanzieller und gesellschaftlicher Art fortgeführt werden. Das sind für morgen und übermorgen primär politische Aufgaben denn weiterhin die Bauprioritäten bei Supermärkten, Banken und Verwaltungsgebäuden zu setzen, statt städtische Wohnqualitäten zu fördern, das hieße, daß das europäische Denkmalschutzjahr überhaupt nicht stattgefunden hätte. (-/6.1.1976/bgy/e/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (II)

Europäische Worte über die Wiedervereinigung Deutschlands sprach Adenauer übrigens nicht nur als Wahlkämpfer in der Öffentlichkeit, sondern beispielsweise auch im "geschlossenen Kreise" des Bundesparteiausschusses der CDU am 6. September 1952 in Bonn: "Ich bin der Auffassung, meine Freunde, daß wir mit schnellem Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Zusammenhang mit dem Nordatlantikpakt und mit dem schnellen Zustandekommen des Deutschlandvertrages in Wirklichkeit nicht nur den einzigen Weg beschreiten, der zur Wiedervereinigung des zerrissenen Deutschlands führt, sondern daß wir auch damit einen Weg beschreiten, der lange nicht so viel Zeit erfordert, wie leider Gottes hier und da die Pessimisten jetzt sagen" (Reden, S. 275 f.).

In schärfstem Kontrast dazu stehen freilich Äußerungen Adenauers, die aus dem Jahr 1954 überliefert sind. Damals, im August vor dem Scheitern der EVG, sagte er zu dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France: "Sie verlieren im Gegensatz zu mir nichts durch das Opfer der deutschen Einheit. Aber wir sind zu diesem Opfer bereit, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können" ("Newsweek", 30. August 1954). Und gegenüber dem französischen Hohen Kommissar André Francois-Poncet erklärte Adenauer: "Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Landes vorzieht" (zitiert nach: "Der Spiegel", Nr. 41/63).

Es bleibe dahingestellt, ob die Spaltung Deutschlands und die Eingliederung der beiden Teile in die neuen militärischen Blöcke des Ostens und des Westens als Folge des Zerfalls der Anti-Hitler-Kriegskoalition nicht zwangsläufig waren, einerlei, wer in Bonn als Kanzler regierte, und ob nicht das Geheimnis von Adenauers Erfolg eben darin bestand, daß er mit sicherem politischem Instinkt, aber auch aus Natur und Neigung aus unabänderlichen Tatsachen für die Bundesrepublik die Schlußfolgerungen einer unbeirrbaren Politik der Westintegration zog oder ob etwa der britische Historiker A.J.P. Taylor, der Adenauer den "letzten Rheinbündler" nennt, recht hat, wenn er schreibt: "Obschon Adenauer die Teilung Deutschlands nicht geschaffen hatte, tat er doch mehr als jeder andere, um sie zu erhalten. Er hat bewußt unmögliche Bedingungen für die Wiedervereinigung, ja sogar für jede Zusammenarbeit zwischen beide deutsche Staaten gestellt" ("Der Spiegel", Nr. 41/63).

Etwas "Rheinbündlerisches" mochte wohl auch der französische Staatspräsident Charles de Gaulle an Adenauer feststellen. Jedenfalls meinte er, als er im September 1958 zum ersten Mal mit Adenauer zusammentraf, "bei diesem katholischen Rheinländer und Chef einer Partei traditioneller Demokraten die Vorstellung zu entdecken, die heutige Bundesrepublik könne eventuell ein gewisses Mißbehagen empfinden, wenn sie sich Überganglos den preußischen, protestantischen und sozialistischen Komplex der abgetrennten Gebiete einverleiben würde" (Ch. de Gaulle, "Memoiren der Hoffnung", Wien-München-Zürich 1971, S. 221).

Adenauers - gelinde gesagt: von Haus aus kühles - Verhältnis zu Berlin ist bekannt. Aus der Zeit vor 1914 berichtete er im März 1946 in seiner Kölner Grundsatzrede: "Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufwiesen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein" (Reden, S. 86). Einen weiteren, viel trivialeren Grund für Adenauers Vorbehalte gegenüber der alten Reichshauptstadt nennt ein Autor, der unverdächtig ist, ihn schmählen zu wollen: "Er erreichte beim

1901 in Berlin abgelegten Assessorexamen nur die Note 'ausreichend'. Einer seiner Biographen, der Bonner 'Welt'-Korrespondent Georg Schröder: 'Berlin ist hier zum ersten Male für Konrad Adenauer mit einer persönlichen Niederlage verbunden'. (Hermann Renner am 27. Dezember 1975 in der Artikelserie der 'Welt': 'Der unbekannt Adenauer').

Da Adenauer im Widerspruch zu seinen öffentlichen Erklärungen mußte, daß seine Politik die Wiedervereinigung nicht förderte, brauchte er einen grobschlächtigen Antikommunismus nicht nur als Rechtfertigung seiner westlichen Bündnispolitik, sondern auch, um die Tatsache zu erklären, daß es mit der Einheit nicht voranging. Die Sowjetunion erhielt dabei den Charakter eines antichristlichen, kulturfeindlichen Barbaren und eines östlichen Erbfeindes: "Rußland war von jeher auf eine Expansionspolitik aus, auch unter der Zeit des Zarentums", sagte er am 1. März 1952 in Heidelberg (vgl. Bulletin des Bundespressesamtes Nr. 26 vom 4. März 1952), eine Argumentation, die der verstorbene CSU-Abg. Freiherr zu Guttenberg noch 1970 zum Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin benutzt hatte.

Hatte Adenauer auf dem ersten Bundesparteitag der CDU am 20. Oktober 1950 in Goslar die Notwendigkeit der Stärke des Westens u.a. mit den Worten begründet, es könne "...Perioden geben, ...in denen es nur eine Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Leben und Untergang gibt, und in denen diese Wahl schnell und ohne Zögern getroffen werden muß" (Reden, S. 182f.), so sagte er in der Schlußkundgebung der "Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands" am 20. Juli 1952 in Bamberg: "Dieser sowjetrussische Nationalismus ist besonders gefährlich deshalb, weil er auch getragen wird vom Kommunismus, vom Kommunismus, der die Herrschaft der Welt erstrebt, weil er alle anderen Völker verachtet; und dieser sowjetrussische Nationalismus trägt keine europäischen Züge mehr. Er trägt das Gepräge des in der Kultur zurückgebliebenen Teiles Asiens." (Reden, S. 260, ebd. S. 262: "Es geht darum, ob Europa christlich bleibt oder Europa heidnisch wird".)

Diese Hinweise sollen keineswegs die damalige Politik der Sowjetunion oder gar deren Führer Stalin verharmlosen. Daß Adenauer selbst differenzierter dachte, als er normalerweise öffentlich zum Ausdruck brachte, zeigen - erstaunlich genug! - folgende Worte aus seiner Regensburger Wahlrede vom 14. August 1961: "Bitte denken Sie einmal zurück, welche Beweggründe Stalin dazu gebracht haben, sich diese ganzen Satellitenstaaten vor Sowjetrußland hinzulegen, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei bis zur DDR (sic!). Weil er fürchtete, daß eines Tages Rußland vom Westen er angegriffen werden würde, wollte er dafür sorgen, daß in diesen Ländern und nicht in Sowjetrußland die entscheidenden Schlachten eines solchen Krieges sich abspielen" (Reden, S. 422). (-/6.1.1976/se/e/pr)

(Fortsetzung folgt am 7. Januar 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller